

An die
Bezirksvertretung für den 11. Bezirk
Enkplatz 2
1110 WIEN

ANFRAGE

der unterfertigten Bezirksräte der Neuen Volkspartei und Bezirksrat Volkan Kahraman, gemäß § 23 der GO, eingebracht bei der Sitzung der Bezirksvertretung Simmering am 04.12.2019 - betreffend die

Muslimische Schule in der Florian-Hedorfer Strasse 21, 1110 Wien

Sehr geehrter Herr Bezirksvorsteher,

Die private Volksschule und die Neue Mittelschule des Vereins Solmit an o.g. Adresse haben 2018 ihren Betrieb aufgenommen.

Die genannten Bezirksräte ersuchen um Beantwortung folgender Fragen:

1. Besitzt die private Volksschule Öffentlichkeitsrecht?

- Wenn ja, wann wurde dieses erstmalig bzw. vorläufig und wann auf Dauer verliehen?
- Gab es Kontrollen bzw. Überprüfungen:
 - der Lehrpläne bzw. -inhalte
 - der Lehrmethoden
 - des Wissensstands der Schüler?
 - der Lehrbefähigung aller Lehrer?
- Wenn ja was ergaben diese?
- Gab es Beanstandungen bei
 - den Lehrplänen bzw. -inhalten
 - den Lehrmethoden
 - dem Wissensstand der Schüler?
 - der Lehrbefähigung sämtlicher Lehrer?

2. Besitzt die private NMS Öffentlichkeitsrecht?

- Wenn ja, wann wurde dieses erstmalig bzw. vorläufig und wann auf Dauer verliehen?
- Gab es Kontrollen bzw. Überprüfungen:
 - der Lehrpläne bzw. -inhalte
 - der Lehrmethoden oder
 - des Wissensstands der Schüler?
 - der Lehrbefähigung aller Lehrer?
- Wenn ja was ergaben diese?
- Gab es Beanstandungen bei
 - den Lehrplänen bzw. -inhalten
 - den Lehrmethoden oder
 - dem Wissensstand der Schüler?
 - der Lehrbefähigung sämtlicher Lehrer?
- Was haben die zuständigen Prüfungslehrer bzw. der zuständige Stadtschulrat für Eindrücke gesammelt? Äußerten sie Zweifel am Lernfortschritt bzw. Wissensstand der Schüler?
- Entspricht es der Tatsache, dass die Schüler im Rahmen der Prüfungen durch externe Prüfungslehrer erschreckende Ergebnisse erzielt haben?
- Sind Gründe bekannt, die einen Entzug des Öffentlichkeitsrechtes gem. §16. PSchG notwendig machen?

Sollten sich Mängel ergeben haben:

- Welche Reaktionen gab es diesbezüglich seitens des zuständigen Stadtrates?
- Welche Maßnahmen wurden bisher gesetzt?
- Wie wurden diese begründet?
- Was sind die weiteren Schritte?

Wir ersuchen um, vorzugsweise schriftliche, Beantwortung

Wien, am 28.11.2019